

8
75

Union in Deutschland

Bonn, den 20. Februar 1975

Ein Signal der Hilflosigkeit

In Recklinghausen wollte die SPD Anfang dieser Woche „ein Signal setzen“. Es wurde ein Signal der Hilflosigkeit. Denn die Reden ihrer führenden Politiker enthüllen der deutschen Öffentlichkeit das Bild einer ratlosen, konfuse, ja aus den Fugen geratenen Partei.

„Was die SPD verkündete, wirkt halbherzig und fast willkürlich zusammengestellt und läßt auf große Hilflosigkeit schließen“, so schreibt die „Kölnische Rundschau“. Und selbst ein SPD-Blatt, die „Neue Ruhr Zeitung“, mußte zugeben: „Ein schwacher Trost auf bessere Zeiten.“ In der Tat: In dem Recklinghäuser Papier findet sich kein einziger Satz, der ein Konzept der SPD zur Überwindung der Schwierigkeiten, in die unser Land — nicht zuletzt durch die Politik der SPD/FDP-Koalition — geraten ist, erkennen ließe.

Zur Lächerlichkeit freilich stempelt sich die Recklinghäuser Erklärung selbst, indem sie der CDU/CSU jede Regierungsfähigkeit abspricht. Wenn der SPD in den vergangenen Landtagswahlen die Wähler in hellen Scharen davongelaufen sind, dann beweist das doch wohl, daß — umgekehrt — die kritische Öffentlichkeit ihre Zweifel in die Regierungsfähigkeit dieser Partei setzt.

■ BERUFSBILDUNG

Erfolgreich bemüht sich die CDU/CSU um eine den Belangen der Länder gerecht werdende Organisation der Berufsbildung ohne Bürokratisierung. Seite 4

■ BERLIN

Gezielte Aufgabenstellungen und Strukturverbesserungen für Berlin im Zeichen der Notwendigkeit eines verstärkten westlichen Schutzes für die nach wie vor bedrohte Stadt verlangt die CDU. Seiten 5—6

■ FRAU IM BERUF

Die Frau hat Anspruch auf besseren Schutz vor Arbeitslosigkeit und auf berufliche Chancengleichheit. Seiten 7—8

■ AGRARPOLITIK

Das Einkommen der Landwirte geht zurück. Die Disparität zu anderen Berufszweigen ist erheblich gewachsen.

Seiten 11—12

■ SPD

Prof. Kurt H. Biedenkopf weist der SPD an Hand ihres neuen Orientierungsrahmens ideologische Befangenheit und Unfähigkeit zum Erkennen der eigentlichen Probleme und ihrer Lösungsmöglichkeiten nach.

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Sachverständigen-Kommission sollte Härten prüfen

Viele Bürger der Bundesrepublik sind über die Steuerreform, in die sie einige Erwartungen gesetzt haben, enttäuscht, weil sie statt weniger mehr Steuern zahlen müssen als vorher. Der Vorsitzende der CDU, Helmut Kohl, hat deshalb vorgeschlagen, die Punkte der Reform, die die Kritik ausgelöst haben, durch eine unabhängige Sachverständigen-Kommission überprüfen zu lassen. Daß diese Forderung zu Recht erhoben wird, beweist sich nicht zuletzt am Vorgehen des SPD-Bürgermeisters Klaus Schütz, der diese Anregung ebenfalls aufgegriffen hat. Sollte jedoch, so Kohl, die Bundesregierung zu diesem Schritt nicht bereit sein, müsse überlegt werden, ob die Gesamtheit der Länder oder aber einzelne von ihnen die Initiative zur Vermeidung von Härten ergreifen.

Wieder 8 000 Neumitglieder

Auch zu Beginn des Jahres 1975 hält der Zustrom neuer Mitglieder zur CDU unvermindert an. Wie der Bundesgeschäftsführer der CDU, Karl-Heinz Bilke, mitteilte, steigerte sich die Zahl der Mitglieder bei fast 8 000 Neuzugängen auf insgesamt 538 295.

Scherer bestätigt

Der Landesvorsitzende der CDU Saar, der sechszwanzigjährige Kultusminister Werner Scherer, wurde in Saarbrücken mit 395 von 405 Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt. Neuer stellvertretender Landesvorsitzender wurde der 45 Jahre alte Minister Gün-

ther Schacht, Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU Saar.

Fleischer Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Der 31jährige Freiburger Rechtsanwalt und CDU-Kreisvorsitzende Gundolf Fleischer ist auf dem CDU-Sonderparteitag in Mannheim mit 104 von 157 Stimmen zum zweiten Generalsekretär des dritten stärksten Unionsverbandes der Bundesrepublik gewählt worden.

Politisches Mandat aberkannt

Das von Studenten vielfach beanspruchte politische Mandat ist der Studentenschaft der Technischen Universität Braunschweig vom Braunschweigischen Verwaltungsgericht jetzt ausdrücklich aberkannt worden. Die Erste Kammer des Gerichts hat der Studentenschaft bei Strafandrohung untersagt, allgemeine politische Forderungen zu erheben oder politische Stellungnahmen abzugeben, soweit diese Äußerungen nicht hochschulbezogene Angelegenheiten betreffen. (Aktenzeichen: I — A 49/74).

Erfolg eines CDU/CSU-Antrages

Eigentlich wollte die Bundesregierung am Parlament vorbei mit einer drastischen Erhöhung der Verwarnungsgelder beim Autofahrer ordentlich zulegen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stoppte dieses Vorhaben. Sie stellte im Bundestag den Antrag (Bt.-Drs. 7/2755), die Regierung solle einen neuen Verwarnungsgeldkatalog vorlegen, der inflationäre Erhöhungen ausschaltet, und der in angemessener Weise das verbesserte Fahrverhalten der Autofahrer berücksichtigt.

Dieser Antrag hatte zunächst den Effekt, daß die Bundesregierung schlechter Gewissens den Ländern die Verantwor-

lung für die „Preiserhöhungen“ zuschieben wollte, was aber durch eindeutige Erklärungen kläglich mißlang. Dann machten sich Bund und Länder aber doch an die Überarbeitung und trugen Schritt für Schritt dem Rechnung, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag forderte.

Jetzt liegt ein überarbeiteter Verwahrungsgeldkatalog vor, der nur diejenigen Verstöße verteuert, die gefahrenträchtig, erheblich behindernd und umweltbeeinträchtigend sind. Das ist ein CDU/CSU-Erfolg.

Wirtschaftsforscher rechnen mit Steuererhöhungen

Angesichts der hohen Defizite in den öffentlichen Kassen und geringeren Steuermehreinnahmen in diesem Jahr rechnet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung in München mit Steuererhöhungen.

Das Institut sagt ein Rekorddefizit des Staates voraus. Danach werden 13 Prozent der Staatsausgaben nicht gedeckt sein. Das Defizit der öffentlichen Kassen werde im Haushaltsjahr 1975 mit knapp 55 Milliarden Mark die Summe aller in den Vorjahren festgestellten Fehlbeträge (26 Milliarden Mark) um das Doppelte übertreffen. Die Konsequenz seien drohende Steuererhöhungen.

Die Münchner Wirtschaftswissenschaftler schätzen, daß der Staat 1975 nur mit einem Steuereinnahmezuwachs von 4,1 Prozent nach plus 6,9 Prozent im Vorjahr rechnen kann. Das Steueraufkommen wird dabei voraussichtlich 252,3 Milliarden Mark erreichen. Ifo verweist darauf, daß hohe Defizite in den Staatskassen schon immer die wichtigsten Treibsätze für die Inflation gewesen seien.

STICHWORTE

Die von der Post

verlangten Preise sind in den letzten Jahren dreimal so schnell und in der Spitze sogar siebenmal so schnell gestiegen wie das gesamte Preisniveau der Lebenshaltung.

Der Marxistische

Studentenbund Spartakus erlitt bei den Wahlen zum ASTA der Uni Karlsruhe Stimmenverluste von 14,4 auf 13,1 %. Die kommunistische Gruppe ging von 3,8 auf 3,1 % zurück. Der RCDS wird stärkste Fraktion.

Eine Million

Arbeitstage gingen in der Bundesrepublik 1974 durch Arbeitskämpfe verloren. Fast doppelt so viel wie 1973. Schwerpunkte: Öffentlicher Dienst, Metallindustrie.

7 722 Fälle

von Zahlungsunfähigkeit (beantragte Konkurs- und eröffnete Vergleichsverfahren) wurden bei den Gerichten registriert. Dies bestätigte das Statistische Bundesamt. Damit ist der absolut höchste Stand der Nachkriegszeit erreicht.

Akademiker sind

von der Arbeitslosigkeit nur zu 1,2 % im Gegensatz zu der Allgemeinquote von 5 % betroffen.

Auf 50 Milliarden DM

schätzt die Bundesbank die Defizite in den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr.

■ BUND UND LÄNDER

Keine neue Bürokratie in der Berufsbildung

Unter dem Einfluß der von der CDU/CSU-Opposition vorgebrachten Bedenken gegen eine Bürokratisierung der Berufsbildung durch ein Bundesamt und eine damit einhergehende Bonner Bevormundung der Bundesländer haben der Bundeskanzler und seine Minister bereits auf die Schaffung eines Bundesamtes verzichtet. Jedoch ist zwischen den Koalitionspartnern noch keine Einigung über die endgültige Form der Berufsbildung auf Bundesebene erfolgt. Damit ist noch vieles offen.

Zu den grundsätzlichen Fragen der beruflichen Bildung erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Berufliche Bildung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Georg Gölter, daß die Sachfrage, die zu allererst beantwortet werden muß, lautet: Wie kann die Abstimmung zwischen Betrieb und Schule verbessert werden? D. h., wie kann gesichert werden, daß Bund und Länder in Zukunft besser zusammenarbeiten?

Unter gewaltigem publizistischem Aufwand werden von dem Bundeskanzler persönlich Spitzentreffen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern organisiert. Das wichtigste Gespräch ist jedoch noch nicht geführt worden und wird wohl auch nicht geführt: das mit den Ländern, vor allem mit den Kultusministern! Es wäre besser gewesen, wenn Herr Rohde, statt monatelang perfektionistische bürokratische Wasserköpfe auszu-

tüfteln, sich einmal mit den Kultusministern zusammengesetzt hätte, um zu klären, wie Bund und Länder in Zukunft als Partner gleichberechtigt die gemeinsame Konzeption von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen in Angriff nehmen können.

Wie soll berufliche Bildung in Betrieb und Schule funktionieren, wenn auch in Zukunft vom Bund fertige Konzepte beruflicher Ausbildungsgänge mit vollständig fixierten Inhalten den Ländern zur sogenannten „Abstimmung“ vorgelegt werden? Wenn Bund und Länder sich auch in Zukunft nicht auf die notwendige Flexibilität in den Ausbildungsordnungen einigen, ohne die eine sinnvolle Koordinierung zwischen Betrieb und Schule vor Ort gar nicht möglich ist? Wenn die Länder, die für die berufliche Grundbildung in der Schule immer wichtiger werden (Berufsgrundschuljahr) nicht die Chance haben, schulische Grundbildung und betriebliche Fachbildung mit dem Bund abzustimmen?

Weder eine Bundesanstalt noch ein Bundesamt können diese Aufgabe wahrnehmen. Gleichgewichtigkeit und Partnerschaft zwischen Bund und Ländern sind dadurch nicht garantiert. Das zeigen die Versuche der bisherigen Enkwerfe, die Länder über sogenannte Länderkammern oder Länderausschüsse innerhalb von Bundesanstalt oder Amt zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Union hat bereits 1973 die Umstrukturierung des Bundesausschusses für Berufliche Bildung vorgeschlagen und einen entsprechenden Antrag im März 1974 im Bundestag eingebracht. Bund, Länder, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und die Lehrenden an Berufsbildenden Schulen könnten ohne neue Bürokratie in einem Bundesausschuß gleichgewichtig zusammenwirken.

WAHLEN

Berlin erwartet Taten statt leerer Versprechungen

Zum ersten Male nach dem Abschluß des Berlin-Abkommens werden die Berliner am 2. März ein neues Abgeordnetenhaus wählen. Schon aus diesem Grunde dürfte der Wahlausgang auch außerhalb Berlins mit Interesse verfolgt werden. Der Spitzenkandidat der Berliner CDU, Peter Lorenz, meint, daß sich in diesem Wahlergebnis eine gegenüber dem Jahre 1972 ziemlich veränderte Stimmungslage der Berliner Bevölkerung niederschlagen wird.

So sehr die Menschen das Zustandekommen eines Viermächteabkommens als echten Fortschritt begrüßen, und so sehr sie sich an die Erleichterungen gewöhnt haben, die inzwischen eingetreten sind: die Enttäuschung über die insbesondere nach der letzten Bundestagswahl eingetretene Entwicklung ist deutlich in der Stadt zu verspüren.

Die Behandlung der Mindestumtauschsätze bei Besuchen in Ost-Berlin und in der DDR zeigte den Berlinern deutlicher als alle beschönigenden Reden, wie kompliziert ihre Situation geblieben ist, und daß man die Lage Berlins kaum als wirklich abgesichert bezeichnen kann. Neben den Erschwerungen von Ost-Besuchen hat es im vergangenen Jahr auch wieder Behinderungen und Schikanen auf den Transitwegen gegeben.

Es gibt nach wie vor eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit den

Staaten des Ostens über die Bindungen, die zwischen Berlin und dem Bund bestehen. Da die Bindungen die Grundlage der Lebensfähigkeit der Stadt sind, macht dieser Grundsatzstreit jedem Berliner klar, daß die Kommunisten keineswegs ihr Ziel aufgegeben haben, West-Berlin eines Tages ihrem Machtbereich einzuverleiben. Es gilt also, auf der Hut zu sein.

SPD und FDP haben prophezeit, daß Berlin durch die Ostpolitik Willy Brandts neue Aufgaben bekommen würde und der Wirtschaft der Stadt starke Impulse zufließen würden. Das Schlagwort von der „Drehscheibe zwischen Ost und West“ wurde geprägt. Diese Prophezeiungen erwiesen sich als Illusion. Die Stadt braucht zu ihrer Zukunftssicherung gezielte Strukturverbesserungen und neue Aufgabenstellungen. Sie muß in die Lage versetzt werden, für unabsehbare Zeit unter den heutigen Bedingungen eine vitale Metropole zu bleiben.

Dafür ist Voraussetzung, daß Berlin nicht etwa zu einem bloßen Anhängsel der Bundesrepublik absinkt. Vielmehr müssen die überregionalen Funktionen der Stadt weiter ausgebaut werden. Dies ist das Ziel der Berliner CDU.

Nur auf der Grundlage der unauflöslichen Gemeinschaft mit der Bundesrepublik und der Integration in den Westen kann die Stadt in die Ost-West-

Entspannung einbezogen werden. Nur, wenn diese Einbettung West-Berlins in den Westteil Deutschlands unstrittig ist, kann wirkliche Entspannung denkbar sein. Deutsche Politik, die die Interessen Berlins nicht nur mit Worten vertritt und die sich nicht nur mit kleinen Verbesserungen abspesen läßt, muß darauf bestehen, daß Berlin der entscheidende Testfall für die Entspannungsbereitschaft des Ostens bleibt.

Eine Bundesregierung und ein Berliner Senat, die kein eigenes klares Berlin-Konzept unbeirrt vertreten — gleichgültig, ob die Kommunisten der Stadt drohen oder ihr kleine Vergünstigungen gewähren —, können nicht das notwendige Vertrauen erzeugen, um die Stagnationerscheinungen, die bereits in Berlin sichtbar werden, zu überwinden. Parteien wie die SPD und FDP, die die Ostpolitik vor allem unter dem Gesichtspunkt ihres eigenen politischen Presti-

ges sehen, können den Interessen Berlins kaum nützen. Denn sie müssen fast um jeden Preis Erfolge vorweisen, auch wenn sie kaum erkennbar sind.

Doch zu teuer bezahlte Vorteile verwalten sich nur allzu schnell wieder in Nachteile. Das alles will die CDU ändern. Wenn der Osten wirklich Entspannung will, dann wird er letztlich bleiben wir nur standhaft, auch auf Tricks und auf eine Politik des Wechselsbades verzichten.

Diese Standhaftigkeit ist heute weder von Bundeskanzler Schmidt zu erwarten, der den Eindruck nicht wegwischen kann, daß ihm die Berliner Probleme eher lästig sind, noch von einem reagierenden Bürgermeister Schütz, der sich im entscheidenden Augenblick stets sozialdemokratischer Parteiräson beugt, anstatt notfalls auch gegenüber Bonn die Interessen Berlins mit Nachdruck zu vertreten.

Eine einzige Staatsangehörigkeit

Daß der unveränderte Bestand einer Staatsangehörigkeit für alle Deutschen eine unverzichtbare Grundlage für das Bemühen um nationale und staatliche Einheit ist, zu dem alle Verfassungsorgane verpflichtet sind, stellt die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz bei ihrer Tagung vom 5. bis 7. Februar 1975 in Berlin fest.

Die Ursachen für die in jüngster Zeit aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Wahrung des deutschen Standpunktes seien nicht in grober Fahrlässigkeit, sondern in einem bewußten Versuch der Täuschung der Öffentlichkeit durch die Bundesregierung über die internationa-

len Folgewirkungen des Grundvertrages vor und nach Abschluß des Vertrages mit der DDR zu sehen. Die CDU/CSU habe rechtzeitig vor den zu erwartenden negativen Konsequenzen gewarnt.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, durch politische und diplomatische Anstrengungen nach innen und nach außen jedem Zweifel an der Respektierung des BVG-Urteils zum Grundvertrag und des Grundgesetzes auszuschließen und sicherzustellen, daß die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland ihrer Verpflichtung nachkommen können, allen Deutschen den von ihnen gewünschten Schutz zu gewähren.

FRAUEN-ARBEITSLOSIGKEIT

Mehr Förderung und besserer Schutz für weibliche Arbeitskräfte

Der Bundesvorstand der Frauenvereinigung der CDU unter Leitung von Dr. Helga Wex MdE befaßte sich auf seiner Sitzung in Mainz mit den steigenden Arbeitslosenzahlen und hier insbesondere mit den Auswirkungen auf die berufstätige Frau.

Der Bundesvorstand stellte hierzu fest:

① „Frauenarbeitslosigkeit“ darf nicht verniedlicht werden.

Die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland steigen, 1,2 Millionen Menschen sind gezwungen, kurz zu arbeiten. Diese Situation bringt für die Frauen in unserem Lande eine doppelte Belastung:

— als in der Familie tätige Frauen ist es vor allem ihre Aufgabe, die durch eine Arbeitslosigkeit in die Familien hineingetragenden Konflikte auszugleichen.

— Als Arbeitnehmerinnen sind sie von der Arbeitslosigkeit und von der Kurzarbeit besonders hart getroffen; ihr Anteil an den Arbeitslosen und Kurzarbeitern ist überproportional hoch.

Während die Erwerbstätigkeit der Frauen bei 34 % liegt, liegt ihr Anteil an den Arbeitslosen bei 45 %. In der gegenwärtigen Diskussion kommt es nicht darauf an, durch Zwangsmittel diese Zahlen herunterzudrücken, sondern auf ein hierauf aufbauendes „Alarmsignal“, um langfristige Maßnahmen einzuleiten.

In der Diskussion macht wieder das Wort von „Doppelverdienern“ die Runde. Die Frauen verdienen lediglich „dazu“ und könnten am ehesten ihren Arbeitsplatz räumen. Einer solchen Grundhaltung, die im eklatanten Gegensatz zu den Auffassungen in einer Hochkonjunktur stehen, in denen Frauen als Arbeitskräfte gesucht werden, tritt die Frauenvereinigung der CDU entschieden entgegen. Außerhäusliche Berufstätigkeit ist für die Frau ein Weg ihrer Lebensgestaltung; dieser Weg darf nicht verbaut werden.

② Die Bemühungen zur Herstellung gleicher Chancen für die Frau im Berufsleben darf im „Internationalen Jahr der Frau“ keinen Rückschlag erleiden. Die Bemühungen um eine Vermehrung der beruflichen Chancen für Frauen dürfen nicht zum Stillstand kommen. Die von der Bundesregierung und von allen Parteien im Deutschen Bundestag am 30. Januar 1975 zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, an der Lösung dieser Probleme verstärkt zu arbeiten, muß erhalten bleiben. Die weitgehend von der Bundesregierung verschuldete Situation auf dem Arbeitsmarkt sollte zum Anlaß genommen werden, um kurz- und längerfristige Maßnahmen zur dauerhaften Besserung der gegenwärtigen Lage einzuleiten.

③ Es muß die Chance genutzt werden, um die allgemeine Situation der Arbeitnehmerinnen zu verbessern.

Neben der von der Bundesregierung zu verantwortenden Wirtschaftspolitik spielen vor allem folgende Gründe eine Rolle:

- Eine mangelnde schulische und berufliche Ausbildung;
- eine ungenügende Bildungs- und Berufsberatung, die auf die speziellen Belange der Frau nicht genügend Rücksicht nimmt;
- eine zu geringe Zahl an Ausbildungsberufen. (Über 90 % der fast 10 Millionen berufstätigen Frauen sind in lediglich 14 Berufen beschäftigt.)
- Nur 6 % der Arbeitnehmerinnen sind Facharbeiterinnen, jeweils 74 % sind angelernt bzw. ungelernt.

Die unfreiwillige Wartezeit vieler Frauen sollte genutzt werden. Notwendig hierzu ist das enge Zusammenarbeiten zwischen dem Bund, den Ländern, der Bundesanstalt für Arbeit sowie den Weiterbildungseinrichtungen.

Mehr Aufstiegsmöglichkeiten auch für Ungelernte

Die Frauenvereinigung schlägt vor: als kurzfristige Maßnahmen:

- Die Bundesregierung muß in ihr Programm zur Unterstützung strukturschwacher Gebiete auch Mittel zur Sicherung der weiblichen Arbeitsplätze bereitstellen. Da das Kriterium eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit ist, trifft dies insbesondere auf die Bereiche zu, in denen Frauen beschäftigt sind.
- Erarbeitung eines Förderungsprogrammes für weibliche Arbeitnehmerinnen in den betroffenen Wirtschaftszweigen und besonders betroffenen Gebieten zur Umschulung auf zukunftsfähige Berufe.

— Den lediglich in Anlernberufen arbeitenden Frauen müssen Möglichkeiten zur Qualifikation eröffnet werden.

Erweiterte Ausbildungsmöglichkeiten auch für Mädchen

Als mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Erstellung eines „Berufsentwicklungsprogramms“; hierbei sind insbesondere die Kriterien, die in „frauen- und männerspezifischen“ Aufgaben und Berufe unterteilen, zu überprüfen; die Palette der Ausbildungsberufe für Mädchen muß erweitert werden.
- durch ein besseres Beratungsnetz muß sichergestellt werden, daß die Eltern von der Notwendigkeit einer guten Schul- und Berufsausbildung für Mädchen überzeugt werden; das schließt auch die Beratung über alle weiterführenden Schulen und Ausbildungsgänge mit ein.
- Der Abschluß einer Berufsausbildung muß, auch durch die Einführung der Stufenausbildung, mehr als bisher für Mädchen gesichert werden. Dies gilt insbesondere auch bei Eheschließung und Mutterschaft. Die Ausbildungsbeihilfen müssen gezielter auf diese Sachverhalte bezogen werden.
- Bei den Umschulungs-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen muß durch Gesetz gewährleistet werden, daß die gesellschaftliche Situation der Frau mehr als bisher berücksichtigt wird.
- Im Zusammenwirken mit den Rundfunk- und Fernsehanstalten, den Volkshochschulen, den freien Trägern der Erwachsenenbildung sowie der Bundesanstalt für Arbeit muß ein Weiterbildungsprogramm auf der Basis der Landesgesetze entwickelt werden.

■ KOALITION

SPD-Staatssekretär verhöhnt Arbeitslose

Nach einem Bericht der „Speyerer Rundschau“ vom 7. 2. 1975 erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Karl Haehser, auf einer SPD-Wahlversammlung: „Für 312 Tage erhält der Arbeitslose 68 Prozent seines Netto-Verdienstes. Hinzu kommt, daß er bis zu 20 Stunden in der Woche zu seinem Arbeitslosengeld hinzuverdienen darf. Möglicherweise ist diese hohe soziale Absicherung der Arbeitslosen eine Erklärung für die Höhe ihrer Zahl.“

CDU-Sprecher Willi Weiskirch stellt hierzu fest:

„Eine solche Äußerung muß auf die Betroffenen wie blanker Hohn wirken. Die Unterstellung, daß Arbeitnehmer im Hinblick auf das zu erwartende Arbeitslosengeld ihre Arbeitsplätze im Stich ließen, ist haarsträubend.“

Vermögensbildung vom Programm abgesetzt

In einer der letzten Sitzungen des Bundeskabinetts war ein Zwischenbericht des Bundesfinanzministers zur Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer fällig. Offensichtlich wurde er kurzfristig von der Tagesordnung abgesetzt. Wie es heißt, stellt dieser Zwischenbericht auch für dieses „Reformprojekt“ praktisch ein Begräbnis erster Klasse dar.

In der Regierungserklärung Schmidts vom 17. 5. 1974 hieß es noch: „Die Bundesregierung unternimmt ernste Bemühungen, ein Gesetz zur Vermögensbildung vorzubereiten. An diesem Vorhaben hält die Regierung fest.“

Schon kurz vor der Kabinettsitzung hatte das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ (14. 2. 1975) unter der Überschrift „Begräbnis in aller Stille“ u. a. geschrieben: „Die Beerdigung der Vermögensbildung hat bereits klammheimlich stattgefunden.“

Ärger über höhere Post- gebühren bleibt

Ein halbes Jahr nach Erhöhung der Porto- und Telefongebühren (1. Juli 1974) empfand in einer Umfrage die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung diese Preissteigerungen als nach wie vor ungerechtfertigt. Wie die Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung in Nürnberg mitteilte, werden von 71 Prozent der Bundesbürger im Alter von 16 bis 69 Jahren die Portoerhöhungen und von 79 Prozent die Telefongebührenerhöhung als Ärgernis empfunden.

Neuer Rechtsbruch in Hessen

Die Politik der SPD/FDP bewegt sich nach Ansicht des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU-Landtagsfraktion, Manfred Kanther, „ständig am äußersten Rande der Legalität“. Kanther nannte dafür in Wiesbaden vier Beispiele.

1. Die verfassungsrechtlich höchst bedenkliche Verschiebung der Kommunalwahlen von 1976 auf das Frühjahr 1977, die ausschließlich unter parteitaktischen Gesichtspunkten geschehe, weil die „Koalition der Verlierer“ Angst habe, bei einem Kommunaltermin im Herbst 1976 in den „Sog einer für die CDU/CSU günstig verlaufenden Bundestagswahl“ zu geraten.

2. Die Einführung des sogenannten ruhenden Mandats, das er als „Man-

dat-Beschaffungsgesetz zugunsten der FDP" bezeichnete.

3. Die hessische Landesregierung hat mit einem Rechtsbruch versucht, ein „Pflästerchen auf den schlimmsten Bankskandal der Nachkriegszeit zu kleben“. Die im Wege des Notbewilligungsrechtes vorgenommene Kapitalzuführung an die Hessische Landesbank (Helaba) im Dezember vorigen Jahres verstößt nach Ansicht Kanthers sowohl gegen die Haushaltsordnung als auch gegen den Artikel 143 der hessischen Verfassung.

Abschließend wiederholte Kanther seinen Vorwurf gegen die in den Krankenhäusern geplante Mitbestimmungsform der Drittelparität. Nach seiner Ansicht sei die vorgesehene „Funktionärs-Fremdbestimmung“ eindeutig verfassungswidrig.

Bundesregierung stoppt DDR-Forschung

Wie konsequent sich die SPD/FDP-Bundesregierung den Forderungen Ost-Berlins beugt, zeigt die Weigerung, konkret zu der Entwicklung im anderen Teil Deutschlands Stellung zu nehmen, wie es noch im vergangenen Jahr durch Vorlage der „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“ geschehen war. Als „Ersatz“ soll ein „Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung“ dienen. Das hat Staatssekretär Herold vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in einer schriftlichen Antwort auf eine CDU-Anfrage erklärt. Der Arbeitskreis, den Staatssekretär Herold erwähnte, sollte laut Ankündigung des Bundesministers Franke vom 13. September 1974 aus 20 Personen bestehen. Bis zum heutigen Tag ist jedoch die Gründung dieses Arbeitskreises nicht erfolgt. Eine für den 24. Januar

anberaumte Sitzung, zu der eine Reihe von Wissenschaftlern eingeladen worden war, wurde kurzfristig abgesagt.

Nach dem Willen der Bundesregierung sollte dieser neu zu schaffende Arbeitskreis auch den „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ ablösen. Diesem Gremium hatte die Bundesregierung Ende 1974 die Mittel entzogen und seine Tätigkeit damit zum Stillstand gebracht.

Nur jeder Vierte vertraut der Regierung

Die Mehrheit der Bundesbürger glaubt, daß die Bundesregierung mit den vor ihr liegenden Aufgaben nur „mittelmäßig“ zurecht kommen wird. Wie aus einer Untersuchung des „Instituts für angewandte Sozialforschung“ hervorgeht, vertraten 53 Prozent der Befragten diese Meinung. 19 Prozent trauen der sozial-liberalen Regierungsmannschaft sogar überhaupt nichts zu. Lediglich 23 Prozent der Bevölkerung sind der Ansicht, daß die Bundesregierung den vor ihr liegenden Aufgaben gewachsen ist.

Die Umfrage sollte — wie „Die Welt“ berichtete — ursprünglich nicht veröffentlicht werden. Ein Sprecher des Instituts bestätigte die Richtigkeit dieser Zahlen. Sie seien auf „unkontrollierten Kanälen“ nach außen gedrungen.

Aufgespießt

„Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir im Sommer an den Zeichen des Aufschwungs nicht mehr vorbeisehen können“, Bundeskanzler **Schmidt** am 14. Februar 1975 in Leverkusen.

„Es ist zu früh, um eindeutig zu sagen: Es geht bereits aufwärts“, Bundeswirtschaftsminister **Friderichs** am 13. Februar 1975 im „Echo des Tages“ N/WDR.

■ AGRARPOLITIK

Situation der Landwirtschaft wird immer schlechter

Zwei Ereignisse von Bedeutung für die Landwirtschaft, der Agrarbericht 1975 der Bundesregierung, und das in Brüssel erzielte Ergebnis der Agrarpreisrunde der EG, veranlassen die CDU/CSU zu einer kritischen Stellungnahme.

Der agrarpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Dr. Burkhard Ritz, und der Agrexperte der CSU-Landesgruppe, Ignatz Kiechle, erklären zum Agrarbericht 1975, dieser sei ein eindrucksvolles Dokument gesamtpolitischen und agrarpolitischen Versagens der Bundesregierung.

Der Bericht belege, daß die Bundesregierung die von ihr selbst gesteckten agrarpolitischen Ziele in wesentlichen Teilbereichen nicht erreicht habe. An die Kette ungünstiger gesamtwirtschaftlicher Daten, wie Inflation, hohe Arbeitslosigkeit und zerrütteter Finanzen reihe sich jetzt ein weiteres Glied: die schwierige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft.

Als wichtigstes negatives Ergebnis des Agrarberichts 1975 ist festzuhalten, daß im Durchschnitt aller landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe das Reineinkommen (Gewinn) 1973/74 rückläufig war. Real, d. h. unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate der Lebenshaltungskosten ging das Einkommen je Arbeitskraft um rund 7,5 % zurück.

Die Einkommensdisparität zu anderen Wirtschaftsbereichen ist beträchtlich ge-

wachsen. In der Gruppe der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe ist der Einkommensabstand gegenüber dem gewerblichen Vergleichslohn von 33 % auf 43 % größer geworden; in der Gruppe der mittleren Betriebe hat sich die Disparität von 8 % auf 19 % ausgeweitet. Auch bei den großen Betrieben (3 % aller Betriebe) sind beachtliche Einkommenseinbußen zu verzeichnen.

Die von der Bundesregierung angestrebte gleichrangige Teilnahme der in der Landwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlfahrtsentwicklung ist nicht gelungen. Mit großer Besorgnis muß registriert werden, daß der Agrarbericht für das laufende Wirtschaftsjahr 1974/75 keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft voraussagt.

Eine der Hauptursachen der schlechten Ertragssituation ist das weite Auseinanderklaffen der Preis/Kostenschere als Ergebnis der Inflation. Im Berichtsjahr 1973/74 haben die Bauern lediglich 0,1 % (!) höhere Preise für ihre Produkte erhalten; die Betriebsmittelpreise hingegen sind um 9,7 % gestiegen. Auch hier ist keine Besserung in Sicht. Nicht nur die inflationäre Entwicklung, sondern auch die angespannte Arbeitsmarktlage zeigt ihre negativen Auswirkungen auf den Agrarbereich. Der Strukturwandlungsprozeß ist gehemmt. Für aus der Landwirtschaft ausscheidende Arbeitskräfte bieten sich keine Be-

schäftigungsalternativen mehr an. Eine jahrelange positive Entwicklung ist unterbrochen.

Die Verbraucher sind von dem geringen Preisanstieg der Agrarprodukte nur wenig begünstigt worden. Der Preisanstieg für Nahrungsmittel hat 1973/74 6,2% betragen. Zur Zeit zeigen die Nahrungsmittelpreise eine stärker steigende Tendenz. Das Auseinanderlaufen von agrarischen Erzeugerpreisen und Verbraucherpreisen ist gleichfalls ein Zeichen einer von der Inflation geplagten Wirtschaft.

In der EG schlechtergestellt

Das in Brüssel erzielte Ergebnis der Agrarpreise der EG ist, wie Dr. Burkhard Ritz erklärte, die schlechteste von allen nur denkbaren Lösungen für die deutsche Landwirtschaft. Während für die Bauern in Frankreich, Italien, Großbritannien und Irland das EG-Agrarpreisstützungsniveau um zweistellige Beträge und in den Beneluxstaaten um 8% angehoben wird, sollen sich die Bauern in der Bundesrepublik Deutschland mit nur 5,9% begnügen. (Das Agrarpreisstützungsniveau darf nicht mit effektiven Agrarpreiserhöhungen verwechselt werden.)

Der von der Bundesregierung mit herbeigeführte Beschluß ist um so unverständlicher, als in der Bundesrepublik Deutschland die Preis/Kosten-Verhältnisse auf dem Agrarmarkt in der EG mit am schlechtesten sind. Jetzt ist das eingetreten, wovor die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiederholt gewarnt hatte: Stabilitätspolitik wird auf dem Rücken der deutschen Bauern ausgetragen.

Entgegen ihren ständigen Beteuerungen, einem Abbau des deutschen Grenzausgleichs für Agrarprodukte nicht

zustimmen zu wollen, ist die Bundesregierung nicht nur umgefallen, sondern sie hat einem Verhandlungsergebnis zugestimmt, das die deutschen Bauern wesentlich schlechter stellt als die anderer Mitgliedstaaten der EG. Der mit der Agrarpreisfestsetzung verbundene Abbau des Grenzausgleichs bedeutet für die deutsche Landwirtschaft außer einer beträchtlichen Schwächung ihrer Position am Markt einen finanziellen Verlust von rund 750 Millionen DM. Die Bauern in den anderen Mitgliedstaaten erhalten aus dem Abbau des Grenzausgleichs höhere nominale Agrarpreise. Anstatt die Wettbewerbsposition für die deutsche Landwirtschaft zu stärken, hat die Bundesregierung die ohnehin schon vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen trotz des auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt lautstark geforderten Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen in den Landwirtschaften der EG noch verschärft.

Zunehmender Druck auf die Einkommen der Landwirte

Das Brüsseler Verhandlungsergebnis bei den Agrarpreisen — isoliert betrachtet — bringt den deutschen Bauern bei Annahme eines besonders günstigen Marktverlaufs eine Verbesserung des effektiven Agrarpreisniveaus von nur 2—3%. Damit kann die weit zuungunsten der Landwirtschaft geöffnete Preis/Kostenschere nicht annähernd geschlossen werden. Die Folge wird ein weiterer zunehmender Druck auf die Einkommen der Landwirte sein. Als völlige Irreführung muß es angesehen werden, wenn der Bundeslandwirtschaftsminister aus den Agrarpreisbeschlüssen eine Einkommensverbesserung für die deutschen Bauern in Höhe von 3,9% abzuleiten versucht.

■ PARTEIARBEIT

Unterstützung für Umsiedler

Hilfe für Lager Friedland

Fünfhundert Mark und zwanzig große Kleidersäcke voll gut erhaltener Kleidung übergab eine Abordnung des CDU-Ortsverbandes Hannover-Kleefeld an Umsiedler im Lager Friedland.

Die CDU-Mitglieder hatten Gelegenheit, sich an Ort und Stelle mit den vielschichtigen Problemen der Umsiedler vertraut zu machen. Die Eindrücke, die ihnen vermittelt wurden, veranlaßte die CDU-Mitglieder, sich auch in Zukunft um Unterstützung für das Lager Friedland zu bemühen.

**Kreisverband 3 Hannover 1,
Postfach 1206.**

CDU-Frauen übernehmen Patenschaft

Madasamy Essaki Muthu heißt der kleine Junge aus Melapavoor in Süd-Indien. Er ist das Patenkind der CDU-Frauenvereinigung Bendorf.

Insgesamt 30,— DM wenden die Frauen monatlich auf. Sicher kein hoher Betrag in der heutigen Zeit. Aber er genügt, um den kleinen Inder zu ernähren, zu kleiden und ihm den Besuch einer 8-klassigen Internatsschule mit anschließender Berufsausbildung zu ermöglichen.

Die CDU-Frauenvereinigung Bendorf unterstützt mit ihrem Beitrag die Aktion „Kinderhilfe e. V.“, der evangelischen Kirchengemeinde Bendorf.

**Kreisverband Mayen-Koblenz,
54 Koblenz, Schloßstraße 16.**

Verkaufsaktion

Einen Reinerlös von mehr als 800 DM erzielten Junge Union und Schüler-Union in Trier. An einem in der Innenstadt aufgebauten Verkaufsstand verkauften sie über 1 000 „Weckmänner“, in anderen Gegenden als „Stutenkerle“ bekannt.

Dem regnerischen Wetter war es zu verdanken, daß auch der Absatz von Tee mit Rum gut lief.

Der Erlös dieser Aktion kam 30 Schülern der Abschlußklasse der Montessori-Schule L zugute, denen ein zehntägiger Aufenthalt in einem Schullandheim ermöglicht wird.

**Kreisverband Trier-Stadt, 55 Trier,
Kaiserstraße 24.**

Taschenfahrplan „Rund um Montabaur“

Einen Service besonderer Art hat sich der Ortsverband Montabaur einfallen lassen.

Wer von Montabaur nach Limburg oder nach Westerbürg fahren möchte oder wer wissen will, wann er mit welchem Verkehrsmittel aus einem beliebigen Ort in der Umgebung nach Montabaur zurückkehren kann, dem hilft der CDU-Fahrplan. Auf 34 Seiten findet er alle lokalen Verkehrsverbindungen.

Die Material- und Druckkosten hat der Ortsverband Montabaur durch Anzeigen finanziert.

Kreisverband Westerwald, 5430 Montabaur, Bahnhofstraße 61.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neuerscheinungen

Broschüren-Serie: Argumente — Dokumente — Materialien
„Die Familie — unsere Zukunft“
Familienpolitischer Kongreß der CDU
4./5. Oktober 1974 in Münster.

In dieser 56seitigen Broschüre finden Sie die Reden von Helmut Kohl, Helga Wex und Heinrich Geißler zur Familienpolitik der CDU.

Außerdem sind die Thesen und Ergebnisberichte der einzelnen Arbeitskreise abgedruckt. Ein umfassender Überblick über die familienpolitischen Vorstellungen der CDU.

Mindestbestellmenge: 25 Exemplare

Preis: 0,75 DM pro Exemplar

Best.-Nr. 5327

Broschüren-Serie
Prof. Biedenkopf: „Stellungnahme zum Orientierungsrahmen '85 der SPD“

Die SPD hat ihr neues Langzeitprogramm vorgestellt. Ist dieses Programm der Schlüssel zur Lösung gegenwärtiger und künftiger Probleme? „Darin werden der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erneut die Grenzen und Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik eindringlich vor Augen geführt“, sagt der Generalsekretär der CDU.

In der 12 Seiten umfassenden Broschüre setzt er sich kritisch mit dem Orientierungsrahmen auseinander.

Mindestbestellmenge: 25 Exemplare

Preis: 0,16 DM pro Exemplar

Best.-Nr. 3329

Wichtiger Hinweis für Plakatbesteller

Rednerankündigungs- und Rahmenplakate werden meist sehr kurzfristig benötigt. Oft wird die Zeit für den noch notwendigen Textindruck knapp.

Damit Sie möglichst schnell Ihre Plakate erhalten, wird das IS-Versandzentrum künftig **abweichend von der allgemeinen Regelung den Versand von Plakaten per Expreß** durchführen. Aber auch dabei beträgt die Versandzeit vom Eingang der Bestellung an 3 Tage. Das Versandzentrum wählt für Plakate den kostengünstigsten aber zeitaufwendigsten Versandweg nur, wenn Sie dies bei Ihrer Bestellung ausdrücklich fordern.

**Bestellungen an das IS-Versandzentrum
in 483 Gütersloh 1, Postfach 6666.**

Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zzgl. Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

KONGRESS

Berufsbildung — Bildungschance mit Zukunft

Der Vorsitzende der CDU, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, lädt zu einem CDU-Kongreß über Probleme der Berufsbildung ein, der am 14. und 15. März 1975 unter dem Motto „Berufsbildung — Bildungschance mit Zukunft“ in Saarbrücken, Kongreßhalle, stattfindet. Auf diesem Kongreß sollen mit den Beteiligten und Betroffenen die Vorstellungen und Vorschläge der CDU zur beruflichen Bildung diskutiert werden. Das Programm des Kongresses sieht folgenden Ablauf vor:

Programm

Freitag, 14. März 1975

10.00 Uhr

Eröffnung durch den Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Saar

Kultusminister Werner Scherer

Grußwort des Ministerpräsidenten des Saarlandes, Dr. Franz Josef Röder

„Berufsbildung — Bildungschance mit Zukunft“

Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

„Beruf und Bildung — ein Widerspruch?“

Professor Dr. Hans Maier, Staatsminister für Unterricht und Kultus des Freistaates Bayern
14.00 Uhr
Arbeitskreis

Samstag, 15. März 1975

9.30 Uhr

„Perspektiven der beruflichen Bildung — Ergebnisse und Schwerpunkte des Kongresses“

Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, Vorsitzender des Bundeskulturausschusses der CDU
10.30 Uhr

Podiumsdiskussion

gegen 12.30 Uhr

Schlußansprache des Kongreßpräsidenten

Kultusminister Werner Scherer

Arbeitskreis 1

Betrieb und Schule als Partner

Leitung:

Kultusminister Werner Scherer

Arbeitskreis 2

Berufliche Bildung — Bildungswesen ohne Sackgassen

Leitung: Otto Mayer, MdL

Arbeitskreis 3

Stiefkinder der Chancengleichheit

Leitung: Ursula Benedix, MdB

Arbeitskreis 4

Berufliche Bildung als Alternative zum Studium

Leitung:

Kultusminister Professor Dr. Dr. Wilhelm Hahn

Arbeitskreis 5

Finanzierung der beruflichen Bildung

Leitung: Dr. Dorothee Wilms

Interessenten können bis zum 28. Februar eine Einladung anfordern:

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Bitte senden Sie mir eine Einladung zum Berufsbildungskongreß der CDU. Ich möchte am Arbeitskreis 1, 2, 3, 4, 5 teilnehmen. (Zutreffendes ist angekreuzt).

Name

Vorname

Ort

Straße

Datum

Unterschrift

ZITAT

Not macht aggressiv

Auf der Bundeskonferenz der SPD in Recklinghausen dominierten die zornigen Töne der Defensive. Die Sozialdemokraten gehen der schweren Prüfung von fünf Landtagswahlen entgegen. Wenn die Entscheidungen des ersten Halbjahres für sie im Saldo ungünstig ausgehen, wird die schon verbreitete Enttäuschung in der Partei in Resignation oder Radikalisierung umschlagen. Der Schaden wäre nicht zu ermesen. Aus diesem Grunde ist die Krisenstimmung in der SPD ein erstrangiges Führungsproblem.

Der Führer aber fehlte gestern, er liegt krank zu Bett. Und übrig blieb die Traumkombination Brandt und Kühn, die selbst manchem Genossen als eine Trauma-Kombination erscheinen mag. Der Anlaß für die oralen Turnierübungen war einmal die Fortschreibung des sozialdemokratischen Arbeitsplanes bis 1976, aus dem sich das Restprogramm für die sozial-liberale Regierung ergeben soll. Der wahre Grund aber war wohl die Notwendigkeit, den von Mißerfolgen irritierten Gliederungen der Partei Ziel und Richtung zu weisen.

In der Sache ging die Demonstration nicht über eine Aufzählung vorsichtig ausgewählter Reformvorhaben hinaus. Wie Bausteine wurden die guten Vorsätze angefügt, die Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft zu modernisieren. Die Redner Brandt, Kühn und Vogel konzentrierten sich jedoch auf ein anderes Problem, das ihnen im Augenblick gefährlicher vorkommt als die beunruhigend-

Anschritt:

sten Auskünfte vom Arbeitsmarkt und von der Tariffrent: auf die Opposition.

Not macht nicht in jedem Fall erfinderisch, aber aggressiv. Brandt entschloß sich zum „Holzen“ und wiederholte die umstrittene These Heinz Kühns, daß die Bundesrepublik unter Führung der Union unregierbar würde. Der gute Rat, von dieser demagogischen Formel Abstand zu nehmen, hat nicht gefruchtet. Der gekränkte Exbundeskanzler, der seinen unschönen Abtritt von der großen Bühne nicht verwinden kann, griff die undifferenzierteste aller Polemiken tiefatmend auf. Er bedrohte die Deutschen mit der Voraussage sozialer Spannungen für den Fall, daß sie bei den kommenden Wahlen ihr Kreuz auf die falsche Stelle, die Unions-Stelle setzen würden.

Zwischen diesem dunklen Gemälde und der Straußschen Formulierung von dem „Saw-stall“ der entstanden sein soll, besteht ein qualitativer Unterschied. Das eine, das Kraftwort, ist ein verbaler Keulenschlag, das andere, das Drohwort Brandts, schränkt die legitime Möglichkeit des Machtwechsels von der Idee her grundsätzlich ein. Damit hilft man keine Polarisierung zu vermeiden, damit verschärft man sie.

Die Welt, 18. 2. 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Mullenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD